



Außenhandelspraxis

Informationen für Außenhandelskaufleute, Unternehmer und Berater

ASIA BRIDGE

Trends | Analysen | Strategien für Ihr Asiengeschäft

vereinigt mit
aktuell ASIA

PRAXISBEITRAG

Revival der Joint Ventures

Deutsche Unternehmen reagieren auf den zunehmenden Lokalisierungsdruck in China. Was bei Investitionen in die Volksrepublik künftig beachtet werden muss.

Seit Längerem spüren ausländische Unternehmen in China einen zunehmenden Lokalisierungsdruck. Passend hierzu präsentierte die Auslandshandelskammer in China (AHK) Mitte Januar 2022 das Ergebnis ihrer Geschäftsklima-Umfrage unter deutschen Unternehmen unter der Überschrift „Geschäftsaussichten positiv – Ungleichbehandlung und Lokalisierungsdruck fordern deutsche Unternehmen in China heraus“. Die Grundstimmung ist zwar danach weiterhin optimistisch, 96% der befragten Unternehmen wollen in China bleiben und 71% sogar mehr investieren.

Die Herausforderungen nach rund zwei Jahren Covid-19-Pandemie sind aber groß. Eine zentrale Herausforderung ist die Ungleichbehandlung von ausländischen Unternehmen gegenüber inländischen in unterschiedlichen Bereichen. Deutsche Unternehmen begegnen diesem – auch staatlich geförderten – Trend mit einer Lokalisierung ihrer Produktion, die auch das Eingehen von strategischen Kooperationen mit chinesischen Partnern oder die Gründung von Joint-Venture-Unternehmen einschließt. Die Lokalisierungstendenzen bedingen zudem eine weitere Verlagerung von Know-how nach China, das effektiv geschützt werden will.

Drum prüfe, wer sich (ewig) bindet

Der eingangs beschriebene Lokalisierungsdruck sowie die fortschreitende Liberalisierung ausländischer Investitionen haben das Joint Venture in vielen Bereichen von einer „Zwangs-Ehe“ zumindest in eine „Zweck-Ehe“, wenn nicht sogar „Wunsch-Ehe“ gewandelt. Viele Joint Ventures sind in der Vergangenheit jedoch gescheitert. Wer plant, zukünftig einen solchen Zusammenschluss mit einem chinesischen Partner einzugehen, sollte hierbei aus den Fehlern, die andere Unternehmen in der Vergangenheit begangen haben, lernen. Vor allem folgende Aspekte sind wichtig:

Auswahl des richtigen Partners: Nicht immer muss ein zuverlässiger Vertriebspartner, Zulieferer oder Vertragsproduzent auch ein guter Mitgesellschafter sein. Es ist unerlässlich, bei der Auswahl des Joint-Venture-Partners nicht ausschließlich auf vergangene Geschäftsbeziehungen zu schauen, sondern eine umfassende Bewertung der Kooperation aus verschiedenen Blickwinkeln (rechtlich, betrieblich, steuerlich usw.) vorzunehmen.

Setzen der richtigen Prioritäten: Joint-Venture-Partner verbringen meistens zu wenig Zeit damit, ein gemeinsames Verständnis ihres zukünftigen Geschäfts, der Märkte, in denen sie konkurrieren wer-

EDITORIAL

Deutsche Unternehmen reagieren auf den zunehmenden Lokalisierungsdruck in China. Was bei Investitionen in die Volksrepublik künftig beachtet werden muss.

Seit Längerem spüren ausländische Unternehmen in China einen zunehmenden Lokalisierungsdruck. Passend hierzu präsentierte die Auslandshandelskammer in China (AHK) Mitte Januar 2022 das Ergebnis ihrer Geschäftsklima-Umfrage unter deutschen Unternehmen unter der Überschrift „Geschäftsaussichten positiv – Ungleichbehandlung und Lokalisierungsdruck fordern deutsche Unternehmen in China heraus“. Die Grundstimmung ist zwar danach weiterhin optimistisch, 96% der befragten Unternehmen wollen in China bleiben und guter Mitgesellschafter sein. Es ist unerlässlich, bei der Auswahl des Joint-Venture-Partners nicht ausschließlich auf vergangene Geschäftsbeziehungen zu schauen, sondern eine umfassende Bewertung der Kooperation aus verschiedenen Blickwinkeln (rechtlich, betrieblich, steuerlich usw.) vorzunehmen.

Setzen der richtigen Prioritäten: Joint-Venture-Partner verbringen meistens zu wenig Zeit damit, ein gemeinsames Verständnis ihres zukünftigen Geschäfts, der Märkte, in denen sie konkurrieren wer

IN DIESER AUSGABE:

Revival der Joint Ventures.....	S. 1
Was die neuen Datenschutzgesetze bedeuten	S. 3
Neues Gesetz fördert Berufsausbildung	S. 5
Überraschendes Geschenk für Expatriates	S. 6
China / Förderung von F&E-Innovation erhöht	S. 7
Keine Grüne Wende ohne die Volksrepublik.....	S. 9
Positionierung als Standardsetzer.....	S. 9
Fast jedes vierte europäische Unternehmen erwägt Rückzug aus China.....	S. 10
„Zu klein, um sich damit zu befassen“.....	S. 10
Algorithmen den Kampf ansagen	S. 11

den, und der Entwicklung im Laufe der Zeit zu entwickeln. Die Interessen und Erwartungen eines chinesischen Partners können diametral von denen eines deutschen Investors abweichen, was in der Vergangenheit oft zu einem Scheitern eines solchen Joint Ventures geführt hat.

Corporate Governance: In der Vergangenheit kam es sehr oft vor, dass ausländische Unternehmen als Minderheits- oder gleichberechtigte Gesellschafter in Joint Ventures investiert haben, ohne sich aber bestimmte Führungspositionen vertraglich zusichern zu lassen. Sie stellten dann Know-how und Kapital zur Verfügung, hatten aber nur wenig bis keine operative Kontrolle über das Joint Venture. Es ist daher wichtig, dass der ausländische Partner gleichberechtigt die Entscheidungsträger des Joint Ventures mitbesetzen kann. Hierbei kommt auch dem Gesellschaftervertrag eine besondere Bedeutung zu. Dieser sollte nicht nur sehr detailliert die gesellschaftsrechtlichen Rechte und Pflichten der Gesellschaft regeln, sondern auch die Kooperation zwischen Gesellschaftern und Joint Venture, etwaige Wettbewerbsbeschränkungen, den Schutz von geistigen Eigentumsrechten oder bestimmte Optionen zur Übernahme von Gesellschaftsanteilen, zum Ausstieg oder sonstige Auflösungsgründe vorsehen.

Reaktion auf Veränderungen: Die Einrichtung kurzer Berichtswege zwischen dem Joint Venture und dem Mutterhaus gilt insbesondere in China als essenziell, wo die Schnelligkeit in vielen Sektoren von beiden Partnern agiles Handlungsvermögen abverlangt. Einige der erfolgreicherer multinationalen Unternehmen bieten direkte Berichtslinien an ihre CEOs oder haben die Verantwortung für China einem Mitglied ihrer Vorstände übertragen, manchmal mit einer doppelten Berichtslinie in der Regionalorganisation.

Vorbereitung auf die Trennung: In einem so dynamischen Markt wie dem chinesischen könnten die heute ausgehandelten Partnerschaftsbedingungen in ein paar Jahren wirkungslos sein und selbst starke Partner könnten ums Überleben kämpfen. Diese Dynamik und Unsicherheit bedeutet, dass die Partner eines Joint Ventures Rückstellungen für die Umstrukturierung ihres Vertrags bei sich ändernden Wettbewerbslandschaften vorsehen sollten.

Schutz von Rechten an geistigem Eigentum

Infolge systematisch stattfindender Verletzungen geistiger Eigentumsrechte (Intellectual Property Rights, IPR) gepaart mit einem oft lückenhaften gesetzlichen Überbau hat sich die Volksrepublik China über Jahrzehnte zum Sinnbild für „Ideenklau“ und unverhohlene Nachahmung entwickelt. Eine der Konsequenzen bestand für ausländische Unternehmen darin, wesentliche Forschung und Entwicklung nicht in China zu betreiben und auch sonst sensible Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse mit größter Vorsicht zu behandeln. Diese Vorsicht galt nicht zuletzt auch im Verhältnis

zu Joint-Venture-Partnern, die es unter dem Deckmantel großer Versprechungen letztlich auf Technologie und Know-how des ausländischen Kooperationspartners abgesehen hatten.

In den vergangenen Jahren hat es indes eine Reihe von Entwicklungen gegeben, die in Summe betrachtet durchaus Grund zur Hoffnung geben. So wurden zunächst die wesentlichen IP-Gesetze Chinas mit Blick auf neuartige Herausforderungen und bestehende Praxisprobleme geändert bzw. findet eine Änderung aktuell statt. In der Behörden- und Gerichtspraxis ist zu beobachten, dass verstärkt gegen besonders schädliche Praktiken vorgegangen wird. Trotzdem ist die Zahl der Rechtsverletzungen nach wie vor relativ hoch, was unter anderem nicht selten auch auf mangelndes Wissen und eine unzureichende IPR-Schutzstrategie der Rechteinhaber zurückzuführen ist. Gerade der letzte Aspekt kann in den allermeisten Fällen erheblich dazu beitragen, Verletzungen effektiv vorzubeugen oder das Ausmaß von Verletzungsschäden deutlich zu verringern. Nach unserer Erfahrung sollten Unternehmen bei der Erarbeitung einer solchen IPR-Schutzstrategie zumindest folgende Aspekte berücksichtigen:

- Wichtigkeit des Schutzes geistiger Eigentumsrechte anerkennen
- einen umfassenden Überblick über das geistige Eigentum des Unternehmens gewinnen und dieses bewerten
- bestehende Verhältnisse zwischen dem geistigen Eigentum des Unternehmens und der Angestellten einerseits und Dritten wie Joint-Venture Partnern, aber auch Zulieferern, Distributoren, Dienstleistern andererseits ermitteln
- Stärken und Anfälligkeiten von IP identifizieren
- Rechte an geistigem Eigentum so früh wie möglich in China registrieren
- Durchführung einer sorgfältigen Prüfung, bevor rechtliche Beziehungen mit Angestellten, Joint-Venture-Partnern, Kooperationspartnern usw. eingegangen werden
- Bestimmungen zum Schutz geistigen Eigentums in Verträge mit Angestellten, Joint-Venture-Partnern und anderen Kooperationspartnern aufnehmen
- technische und organisatorische Schutzmaßnahmen formulieren und umsetzen
- fortlaufend sämtliche Rechte hinsichtlich Verletzungen, Unwirksamkeit durch Zeitablauf, behördliche/gerichtliche Verfahren beobachten
- im Falle von Verletzungen zunächst eine solide Strategie zur Durchsetzung entwickeln, bevor Maßnahmen gegen die Verletzung ergriffen werden

AUTORIN

Sebastian Wiendieck ist Rechtsanwalt und Partner bei Rödl & Partner in China.

Kontakt:

sebastian.wiendieck@roedl.com, Tel. +86 (0) 21 6163-5329



Tag der Exportweltmeister 2022

Praxiswissen und Networking für internationale Märkte

20. Oktober 2022, Deutsche Bank Park, Frankfurt am Main

Jetzt Tickets zum Frühbucheypreis von € 99,-

www.mwm-medien.de/tag-der-exportweltmeister-tickets





Was die neuen Datenschutzgesetze bedeuten

In China sind zuletzt viele Regelungen zum Datenschutz entstanden. Weitere Erlasse sind zu erwarten, insbesondere auch zum grenzüberschreitenden Datentransfer. Die chinesische Regierung will ihre Bürger vor ausufernden Datenspeicherungen großer Internetkonzerne schützen und orientiert sich dabei auch an der DSGVO.

China hat eine Reihe von Datenschutzgesetzen und -regularien erlassen, unter anderem das Gesetz zum Schutz personenbezogener Daten (GSPD), gültig seit dem 1. November 2021, das Datenschutzgesetz (DSG), gültig seit dem 1. September 2021, und das Netzwerksicherheitsgesetz (NWSG), gültig seit dem 1. Juni 2017. Diese Gesetze stellen einen eher abstrakten Rahmen für die von ihnen geregelten Inhalte dar. Die detaillierte Anwendung ist Durchführungsbestimmungen, Verordnungen, Standards etc. vorbehalten, so unter anderem der Verordnung zum Schutz kritischer Informationsinfrastrukturen (KII-Verordnung), gültig seit dem 1. September 2021, und den Standard-Sicherheitspezifikationen personenbezogener Daten, gültig seit dem 1. Oktober 2020.

Im Entwurfsstadium befinden sich aktuell Regularien für Maßnahmen zur Bewertung der Datensicherheit (Entwurf zur Kommentierung), veröffentlicht am 29. Oktober 2021. Sie betreffen die Verarbeitung und Übertragung bestimmter Datengruppen durch Betreiber kritischer Informationsinfrastrukturen (KIIO). Hinzu kommen beispielsweise die Internet-Datensicherheitsbestimmungen (Entwurf zur Kommentierung), veröffentlicht am 14. November 2021, und die Standard-Identifikationsregeln für wichtige Daten (Entwurf zur Kommentierung), veröffentlicht am 28. September 2021.

Betrachtet man diese Bestimmungen, dann sind die maßgeblichen Parameter zur Festlegung der einzuhaltenden Datenverarbeitungsregeln folgende:

Datenkategorien

Personenbezogene Daten (PD) sind elektronisch oder anderweitig aufgezeichnete Informationen, die eine natürliche Person allein oder in Kombination mit anderen Informationen identifizierbar machen, zum Beispiel Name, Geburtsdatum, Ausweisnummer, Anschrift, Telefonnummer, E-Mail, Gesundheitsdaten.

Sensible PD sind PD, die – falls sie veröffentlicht oder illegal genutzt werden – geeignet sind, die persönliche Würde natürlicher Personen oder deren Eigentum zu gefährden, beispielsweise biometrische Daten, religiöse Überzeugungen, Ausweisdaten, Fingerabdrücke, Sozialversicherungsdaten, gesundheitliche Daten, Kontoinformationen sowie alle PD von Personen unter 14 Jahren.

Wichtige Daten sind danach solche, die für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung bedeutend sind und die nationale Sicherheit, das öffentliche Interesse und vergleichbare übergeordnete Interessen betreffen. Das DSG sieht vor, dass Behörden auf Staats- und Provinzebene Kataloge mit verschiedenen Gruppen „wichtiger Daten“ entwickeln, jeweils bezogenen auf ihre Regio-

nen und Zuständigkeitsbereiche. Gemäß dem Entwurf der Identifikationsregeln für „wichtige Daten“ soll die Kategorisierung unter den Gesichtspunkten der nationalen Sicherheit, der wirtschaftlichen und sozialen Stabilität, der öffentlichen Gesundheit und Sicherheit ermittelt werden. Daten, die nur für eine Organisation selbst wichtig oder sensibel sind, sollten nicht als „wichtige Daten“ im Sinne des DSG/NWSG gelten.

Nationale Kerndaten sind Daten, die aufgrund ihrer Relevanz für die nationale Sicherheit, die Volkswirtschaft, den Lebensunterhalt der Bürger und wichtige öffentliche Interessen besonders strengen Datenschutzregeln unterliegen. Auch hier sind weitere Vorschriften zu erwarten, die den Umfang dieser Daten und die damit verbundenen Datensicherheitsrichtlinien detailliert beschreiben.

Datenverarbeitung/Anwendungsbereich

Das DSG und das GSPD definieren Datenverarbeitung als Erhebung, Speicherung, Nutzung, Verarbeitung, Übermittlung, Bereitstellung, Offenlegung und Löschung etc. von Daten in China. Der Anwendungsbereich des DSG reicht über China hinaus, wenn die Datenverarbeitung außerhalb der Volksrepublik stattfindet, aber die nationale Sicherheit, öffentliche Interessen oder die legitimen Rechte und Interessen von Bürgern und Organisationen in China betrifft. Der Anwendungsbereich des GSPD reicht über China hinaus, wenn die Datenverarbeitung zum Zweck der Bereitstellung von Produkten und/oder Dienstleistungen für Personen mit Sitz in China erfolgt, das Verhalten von Personen mit Sitz in China analysiert/bewertet oder anderweitig eine Auslandserstreckung gemäß den chinesischen Gesetzen erfolgt.

Datenverarbeiter, Entrusted Parties, KIIOs

Datenverarbeiter (Data Processor) nach dem GSPD ist, wer die Datenverarbeitung vornimmt und deren Zweck und Methode bestimmt (ähnlich dem Verantwortlichen der DSGVO). **Auftragsverarbeiter (Entrusted Party)** nach dem GSPD ist, wer die Datenverarbeitung für andere und auf deren Anweisung hin durchführt (ähnlich dem Auftragsverarbeiter der DSGVO). KIIOs nach dem NWSG sind Betreiber (Operators) von KII. Gemäß der KII-Verordnung gehören dazu unter anderem Einrichtungen der öffentlichen Kommunikations-/Informationsdienste, Energie, Verkehr, Wasser, Finanzen, Behörden, Verteidigungsindustrie und andere wichtige Industrien, Netzwerke und Informationssysteme, deren Zerstörung, Funktionsverlust oder Datenverlust die nationale Sicherheit, das Gemeinwohl und die Lebensgrundlage der Menschen oder das öffentliche Interesse ernsthaft gefährden können.

Zustimmung zur Datenverarbeitung

Das GSPD verlangt grundsätzlich die ausdrückliche Einwilligung des Datensubjekts zur Datenverarbeitung. Im Unterschied zur DSGVO erkennt das GSPD weder ein berechtigtes Interesse noch eine angenommene/stillschweigende Zustimmung an. Allerdings sieht das GSPD – außerhalb der ausdrücklichen Zustimmung – folgende Grundlagen für die PD-Verarbeitung vor:

1. Abschluss/Erfüllung eines Vertrags mit dem Datensubjekt
2. Personalmanagement gemäß geltender Beschäftigungsregeln oder Kollektivverträge
3. Einhaltung geltender Gesetze

4. notwendige Maßnahmen bei Notfällen im Bereich der öffentlichen Gesundheit oder zum Schutz des Lebens und der Gesundheit natürlicher Personen oder ihres Eigentums
5. Nachrichtenberichterstattung, Überwachung der öffentlichen Meinung und ähnlicher Aktivitäten des öffentlichen Interesses in angemessenem Umfang
6. Nutzung öffentlich zugänglicher Informationen in angemessenem Umfang
7. anderweitig gesetzlich geregelte Zwecke

Eine Benachrichtigungspflicht (anstelle der Zustimmung) gilt, wenn PD für gesellschaftsrechtliche Fusionen, Spaltungen, Auflösungen, Insolvenzen etc. verarbeitet werden. Erteilte Einwilligungen sind widerruflich – mit der Maßgabe, dass die Datenverarbeitung, die vor dem Widerruf erfolgt ist, davon nicht berührt wird. Eine separate Zustimmung (nicht gebündelt mit Zustimmungen zu anderen PD-Verarbeitungsaktivitäten) ist in folgenden Fällen erforderlich:

1. Übermittlung von PD durch den Datenverarbeiter an Dritte
2. Veröffentlichung von PD
3. Verwendung von PD, die von an öffentlichen Orten zu Sicherheitszwecken installierten Geräten erhoben werden, für andere Zwecke als die öffentliche Sicherheit
4. Verarbeitung sensibler PD grenzüberschreitend
5. Übermittlung von PD

Lokalisierung

Das NWSG sieht eine Lokalisierung in China von PD und „wichtigen Daten“ vor, die von KIIO verarbeitet werden. Das PDSG schreibt eine Lokalisierung von PD vor für:

1. alle KIIOs, es sei denn, eine notwendige Genehmigung für die Datenübertragung aus China durch die China Administration of Cyberspace (CAC) liegt vor
2. Datenverarbeiter von PD, die die (noch unregulierten) Daten-schwellenwerte überschreiten

Neben der separaten Einwilligung des Datensubjekts zur internationalen Datenübertragung muss jede internationale Übertragung von PD eine der folgenden Bedingungen erfüllen:

1. CAC-Risikobewertung
2. Zertifizierung durch eine von der CAC akkreditierte Stelle
3. Datenübertragungsvertrag (in Form eines von der CAC noch freizugebenden Standardvertrags) mit dem Offshore-Datenempfänger
4. Ergreifen der „notwendige Maßnahmen“ des Datenverarbeiters in China, um sicherzustellen, dass die Datenverarbeitung durch den Offshore-Datenempfänger dem GSPD entspricht

Pflichten der Datenverarbeiter

Die Pflichten der Datenverarbeiter umfassen grundsätzlich unter anderem folgende Maßnahmen:

1. Einrichtung eines Datensicherheitsmanagementsystems, Ergreifung der erforderlichen technischen Maßnahmen zum Schutz der Datensicherheit und Datenschutzbildungen
2. Erhebung/Verwendung von Daten auf rechtmäßige, angemessene und legale Weise

3. Überwachung potenzieller Risiken und Benachrichtigung und Abhilfe bei Sicherheitsvorfällen

Die Verarbeitung „sensibler PD“ und „wichtiger Daten“ hat die Sorgfaltspflichten erhöht. Das DSGVO verlangt unter anderem, dass bei der Verarbeitung „wichtiger Daten“ Datenschutzbeauftragte beziehungsweise Datensicherheitsabteilungen benannt und fortwährend geschult und überwacht werden.

Das GSPD verlangt, dass Datenverarbeiter außerhalb Chinas, die dem Anwendungsbereich des GSPD unterliegen, Organisationen in China gründen oder Datenschutzbeauftragte in China benennen und deren Kontaktdaten den chinesischen Aufsichtsbehörden anzeigen. Es verlangt zudem, dass Datenverarbeiter Datensubjekten ehrlich, vollständig und verständlich folgende Informationen mitteilen:

1. Name/Kontaktdaten des Datenverarbeiters
2. Zweck/Methode der Datenverarbeitung, Art der verarbeiteten PD, Speicherdauer
3. Rechtsmittel zur Durchsetzung der Rechte des Datensubjekts zum Schutz der PD
4. Sonstige gesetzlich anzuzeigende Angaben

AUTORIN

Susanne Rademacher ist Rechtsanwältin und Partnerin bei ADVANT Beiten in Beijing.

Kontakt:

susanne.rademacher@advant-beiten.com, www.advant-beiten.com

ASIA BRIDGE

Trends | Analysen | Strategien für Ihr Asiengeschäft

vereinigt mit
aktuell ASIA

Asia Bridge und ihr Schwestertitel Asien Aktuell sind die führenden deutsch-sprachigen Wirtschaftsmagazine über die asiatischen Schlüsselmärkte.

Dieses deutschsprachige, monatlich erscheinende Wirtschaftsmagazin nimmt die Schlüsselmärkte in Fernost ins Visier.

Cover-Story, Business, Recht & Steuern, Transport & Logistik, aber auch Messen & Kongresse sowie Travel & Lifestyle lauten die Erfolgsrubriken der Asia Bridge.



Jetzt testen und immer aktuell informiert bleiben.
www.mwm-medien.de/asiabridge



Neues Gesetz fördert Berufsausbildung

Schlechtes Image gehört der Vergangenheit an / Von Alexander C. Koty, Dezan Shira & Associates

Am 20. April 2022 verabschiedete der Ständige Ausschuss des Nationalen Volkskongresses das überarbeitete Berufsbildungsgesetz. Dieses Gesetz, das am 1. Mai 2020 in Kraft trat, wertet den Status der beruflichen Bildung in China auf und ermutigt Unternehmen und Schulen, ihre Kapazitäten in der beruflichen Bildung zu verbessern. Angesichts der sich wandelnden Produktionslandschaft und der steigenden Nachfrage nach qualifizierten Arbeitskräften fördert Beijing Investitionen in die berufliche Bildung mit zunehmender Dringlichkeit. Die Beratungsfirma Dezan Shira & Associates klärt in ihrem „China Briefing“ über die Hintergründe der Änderung auf.

Das Gesetz hebt die Unterscheidung zwischen weiterbildenden Schulen und berufsbildenden Sekundarschulen auf und ermutigt die traditionellen Bildungsinstitutionen, Kurse in berufsbildenden Fächern anzubieten. Dem Gesetz zufolge ist die berufliche ebenso wichtig wie die allgemeine Bildung. Absolventen beider Bildungswege sollten nun die gleichen Bildungs- und Karrierechancen haben sollten.

Vor dem neuen Gesetz konnten Mittelschüler je nach dem Ergebnis ihrer Prüfungsleistungen entweder an traditionellen oder an beruflichen Sekundarschulen eingeschrieben werden. Dies hatte zur Folge, dass Schüler mit schlechten Noten häufig auf berufsbildende Sekundarschulen gingen, was zu der gesellschaftlichen Auffassung beitrug, dass diese Einrichtungen minderwertig seien.

Beijing hofft, dass die neuen Bestimmungen die gesellschaftliche Wahrnehmung der beruflichen Bildung verbessern werden. Der schlechte Ruf der beruflichen Bildung in China ist mitverantwortlich für den Mangel an Talenten in technischen Berufen.

Neben der Aufwertung der beruflichen Bildung enthält das Gesetz weitere Maßnahmen zur Verbesserung der Qualität des chinesischen Berufsbildungssystems. Das Gesetz sieht vor, dass China bis 2025 über ein modernes Berufsbildungssystem mit höherer Qualität verfügt. Bis 2035 es ein weltweit führendes Berufsbildungssystem sein.

Das neue Regelung enthält auch zahlreiche Bestimmungen zur Förderung der internationalen Zusammenarbeit, unter anderem zur Einrichtung von chinesisch-ausländischen kooperativen Bildungsprojekten und zur Ausweitung von Austauschplattformen. Diese Bestimmungen ermutigen auch chinesische Berufsschulen, ins Ausland zu gehen und die Globalisierung nationaler Unternehmen zu begleiten.

Fachkräftemangel im Fokus

Im Rahmen der Initiative „Gemeinsamer Wohlstand“, die unter anderem darauf abzielt, die Belastungen für Studenten zu verringern und den Bildungssektor zu entkommodifizieren, haben die chinesischen Behörden im Juli 2021 die gewinnorientierte

Nachhilfe verboten. Zuvor, im Mai 2021, hatte die Regierung Verordnungen erlassen, die die Kontrolle der Kommunistischen Partei über das Bildungssystem verstärkten und die Verwendung ausländischer Lehrmittel weiter einschränkten.

Die Reformen betrafen auch die berufliche Bildung, allerdings mit dem Ziel, die Entwicklung der Branche weiter zu fördern. Im Oktober 2021 veröffentlichten das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei und der Staatsrat die Leitlinien zur Förderung der hochqualitativen Entwicklung der modernen Berufsbildung. Die Leitlinien bilden die Grundlage für das neue Gesetz und sehen vor, dass die Zahl der Studierenden in beruflichen Bildungseinrichtungen bis zum Jahr 2025 mindestens 10% der Gesamtzahl der Studierenden an Hochschulen betragen und Chinas berufliche Bildung bis 2035 zu den besten der Welt gehören soll. Darüber hinaus veröffentlichten das Ministerium für Soziale Sicherheit, das Finanzministerium und drei weitere Behörden im Juni 2021 gemeinsam die Richtlinien zur umfassenden Umsetzung des neuen Ausbildungssystems mit chinesischen Merkmalen in Unternehmen und zur Stärkung des Fachkräftenachwuchses. Mit diesen Leitlinien wurden Anreize für private Unternehmen geschaffen, Berufsbildungsprogramme für neue Arbeitnehmer anzubieten, die eine Ausbildung am Arbeitsplatz erhalten.

Skandale, Betrug und Ausbeutung

Die Volksrepublik verfügt zahlenmäßig über das größte Berufsbildungssystem der Welt mit rund 11.300 Schulen, die insgesamt 30,88 Mio Schüler beherbergen und 10 Mio Absolventen pro Jahr dem Arbeitsmarkt zuführen.

Die Reformen im Bereich der beruflichen Bildung zielen jedoch nicht nur auf eine Ausweitung des Umfangs der beruflichen Bildung ab, sondern vor allem auf eine Verbesserung der Qualität. Die Berufsschulen in China waren in der Vergangenheit in zahlreiche Skandale verwickelt, was zu ihrer negativen gesellschaftlichen Wahrnehmung beigetragen hat.

So haben einige Berufsschulen in China gefälschte Hauptfächer angeboten, um Studenten anzulocken, die auf neue Karrierewege hofften. Auch Unternehmen wurden beschuldigt, Mitarbeiter auszubeuten, indem sie studentische „Praktikanten“ einstellten, die unter dem Mindestlohn bezahlt wurden. Der bekannteste Vorfall in diesem Zusammenhang ereignete sich 2010, als der Elektronikhersteller Foxconn mehr als 150.000 „Praktikanten“ von Berufsschulen unter dem Mindestlohn beschäftigte.

Das schlechte Image der heimischen Berufsschulen bot ausländischen Bildungsanbietern vielfältige Chancen, sich als seriöse Anbieter hochwertiger Kurse und Schulungen zu positionieren.

Letztlich ist das Gehaltspotenzial der Absolventen einer der stärksten Indikatoren für die Qualität der beruflichen Bildung. Im Jahr 2019 lag das durchschnittliche Monatseinkommen von Personen mit einem Hochschulabschluss in China bei 5.440 Yuan (823 US-Dollar) pro Monat, verglichen mit 4.295 Yuan für Personen mit einem Berufsbildungsabschluss.

Quelle: MBM/NfA

Überraschendes Geschenk für Expatriates

Die chinesische Steuerverwaltung verlängerte zum Jahreswechsel die IIT-Befreiung von Zuschüssen für Unterkunft, Kindererziehung und chinesische Sprachkurse bis Ende 2023.

Seit 1994 befreit die chinesische staatliche Steuerverwaltung (State Administration of Taxation, SAT) Zuschüsse, die ausländische Arbeitnehmer für Unterkunft, Kindererziehung, Sprachkurse, Verpflegung, (Textil-)Reinigung, Heimatreisen und Umzüge erhalten, von der Steuer. Solche Zuschüsse werden von den chinesischen Arbeitgebern gewährt. Dabei müssen die Echtheit und Angemessenheit und die entsprechenden Beträge nachgewiesen werden. Die genauen Regelungen sind die folgenden:

- Für die Unterkunft sind ein gültiger Mietvertrag zwischen dem Vermieter und dem Arbeitgeber oder dem Arbeitnehmer sowie gültige Mietabrechnungen vorzulegen, die mit dem Vertrag übereinstimmen.
- Zuschüsse für die Kindererziehung müssen durch gültige Dokumente (beispielsweise über die Schulliste) und anhand von Rechnungen einer in China registrierten und qualifizierten Erziehungseinrichtung belegt werden.
- Zuschüsse zu Sprachkursen werden nur für chinesische Sprachkurse gewährt und sind durch gültige Rechnungen nachzuweisen.
- Verpflegungs- und Reinigungszuschüsse sind durch gültige Rechnungen zu belegen, die entweder vom Arbeitgeber bargeldlos oder auf Erstattungsbasis zur Verfügung gestellt werden.
- Zuschüsse zu Umzügen werden gewährt, wenn diese der Aufnahme und/oder Beendigung der Tätigkeit in China dienen. Die Kosten sind nachzuweisen und werden bargeldlos oder auf Erstattungsbasis gewährt.
- Kosten für Heimreisen sollen auf zwei Hin- und Rückreisen zwischen China und dem Heimatland des ausländischen Arbeitnehmers pro Kalenderjahr beschränkt werden, wobei gültige Rechnungen über die entstandenen Reisekosten des Arbeitnehmers (ausgenommen die der Familienangehörigen) vorgelegt werden müssen.

Die oben genannten Regelungen sowie die Praxis in Bezug auf die steuerfreien Zuschüsse für ausländische Arbeitnehmer blieben unverändert, bis das chinesische IIT-Gesetz 2018 vollständig reformiert worden ist. IIT steht dabei für „Individual Income Tax“ (persönliche Einkommensteuer). Vor der Reform des IIT-Gesetzes gab es keine einheitliche Vorgehensweise für Arbeitgeber bei der Erklärung steuerfreier Zuschüsse. Die Umsetzung durch die lokalen Steuerbehörden war zudem sehr unterschiedlich. Viele Unternehmen zogen die Zuschüsse sogar direkt vom zu versteuernden Einkommen der ausländischen Arbeitnehmer ab, ohne die von der IIT befreiten Beträge weiterzumelden. Die uneinheitliche Praxis und das Fehlen eines geeigneten Erklärungssystems machten es für die chinesischen Steuerbehörden sehr mühsam, solche Zuschüsse regelmäßig zu kontrollieren. Zusammen mit der Reform des IIT-Gesetzes im Jahr 2018 wurden das IIT-Erklärungssystem in China grundlegend aktualisiert und spezielle Module für ausländische Steuerpflichtige jeder Art

vorgesehen. Enthalten ist unter anderem ein spezielles Modul für die Erklärung von IIT-Freibeträgen, das eine umfassende und regelmäßige monatliche Meldung zur Art und Höhe der Freibeträge erfordert. Dies kann die automatische Überwachung durch das System erleichtern, indem es die von der Steuer befreiten Beträge mit dem angegebenen Gesamteinkommen vergleicht. Auf diese Weise können unangemessen hohe Freibeträge festgestellt werden, sodass die zuständige Steuerbehörde eine Steuerprüfung einleiten und die Steuererklärungen effizienter anpassen kann.

Rundschreiben hat Unternehmen aufgeschreckt

Obwohl sie einer viel strengeren Überwachung unterliegt, hat der einheitliche Ansatz für die Anmeldung steuerfreier Zuschüsse die Compliance-Praxis sicherer gemacht, was von den meisten Arbeitgebern und ausländischen Arbeitnehmern in China begrüßt wird. Unmittelbar nach der Reform des IIT-Gesetzes veröffentlichte die SAT Ende 2018 jedoch ein Steuerrundschreiben Nr. 164, in dem sie ankündigte, dass die IIT-Befreiung für Zuschüsse, die ausländischen Arbeitnehmern für Unterkunft, Kindererziehung und Sprachkurse gewährt werden, nach einer dreijährigen Übergangszeit ab 2022 abgeschafft werden soll. Obwohl sie früh genug darüber informiert wurden, konnten sich ausländische Arbeitnehmer und ihre Arbeitgeber in China kaum auf die Änderung der Regelung vorbereiten. Tatsächlich ist die Übernahme der Kosten für Unterkunft und Kindererziehung durch den chinesischen Arbeitgeber zusätzlich zum regulären Gehalt für viele Ausländer die Voraussetzung für die Annahme eines Arbeitsvertrags in China, insbesondere für die Arbeit in Metropolen wie Shanghai und Beijing, wo die Kosten für Unterkunft und Erziehung die teuersten Lebenshaltungskosten im Land darstellen. Daher war die Veröffentlichung des Rundschreibens eine schlechte Nachricht für Arbeitgeber und ausländische Arbeitnehmer. Expatriates sahen sich mit einer deutlich höheren Steuerbelastung konfrontiert. Verhandlungen mit chinesischen Arbeitgebern, die Steuerbelastung anteilig zu übernehmen, stellten eine weitere Herausforderung dar. Sperrten sich die Arbeitgeber gegen eine Übernahme der Steuerlast, liefen sie Gefahr, die ausländischen Arbeitnehmer und hochqualifizierte ausländische Talente zu verlieren. Eine ungünstige Ausgangsposition für chinesische Arbeitgeber in Zeiten des „War for Talents“. Darüber hinaus bedeutete die Neuregelung, dass Arbeitgeber die Freibeträge für die Berechnung der zusätzlichen IIT-Belastung hätten hochrechnen müssen, um die Vergütung ihrer Mitarbeiter unverändert zu lassen. Nur das wäre im Einklang mit der Steuerpraxis der chinesischen Vorschriften gewesen.

Vertragsanpassungen auf neue Steuersituation

Die Verhandlungen zwischen Expatriates und chinesischen Arbeitgebern begannen Anfang 2019, um die Arbeitsverträge anzupassen. In Anbetracht der erheblichen Auswirkungen auf die ausländische Arbeitnehmer-Community wünschten sich viele, dass die Steuerbefreiung nach der dreijährigen Übergangszeit weiter verlängert wird. China hat nach wie vor ein großes Interesse daran, ausländische Talente und deren fortschrittliche Kenntnisse und Techniken anzuziehen und zu halten. Im vergangenen Jahr wurde das Thema mit Blick auf die ablaufende Frist sehr heiß. Multinationale Unternehmen und verschiedene Handelskammern versuchten mit allen Mitteln, ihre Bedenken und Wünsche in Bezug auf die Zuschüsse für Ausländer auf verschiedenen Ebenen der lokalen Steuerbehörden zu äußern. Dies hat möglicherweise einen gewissen Druck verursacht und dazu geführt, dass die SAT das Thema



neu überdachte. Die Nachricht über die Verlängerung der Regelung kam plötzlich – in den letzten Stunden vor Jahresende, was sich zweifellos als das größte Neujahrgeschenk für in China arbeitende ausländische Arbeitnehmer entpuppte. Zumindest für die kommenden zwei Jahre können ausländische Arbeitnehmer ihre bisherigen Gehaltsstrukturen beibehalten, die Freibeträge für ihre notwendigen Lebenshaltungskosten bleiben unverändert und sie müssen sich keine Sorgen über den Anstieg ihrer IIT-Belastung machen.

Dennoch ist nach wie vor zu beachten, dass die Dokumentationspflichten entscheidend sind, um die Steuerbefreiungen wie bisher steuerlich geltend machen zu können. Arbeitgebern wird empfohlen, die oben genannten Belege und Nachweise für alle steuerfreien Zuschüsse vollständig aufzubewahren, damit die zuständigen Steuerbehörden vor Ort jederzeit Nachprüfungen durchführen können. Es wird auch empfohlen, dass die Arbeitgeber auf die Höhe der Zuschüsse achten, die so bemessen sein müssen, dass sie die tatsächlichen Lebenshaltungskosten der ausländischen Arbeitnehmer in China decken. Unserer Erfahrung nach überwachen die lokalen Steuerbehörden ständig die Höhe der für ausländische Arbeitnehmer angegebenen IIT-Freibeträge. In den Fällen, in denen die Steuerbefreiung auf unangemessen hohe Freibeträge angewandt wird, werden Steuerprüfungen und Anpassungen der Steuererklärungen vorgenommen.

AUTORIN

Vivian Yao ist Partnerin bei Rödl & Partner Shanghai.

Kontakt: vivian.yao@roedl.com

Monica Chen ist Senior Associate bei Rödl & Partner Shanghai.

Kontakt: vivian.yao@roedl.com

Förderung von F&E-Innovation erhöht

KMUs können bis zu 200% abrechnen / Von Qian Zhou, Dezan Shira & Associates

Die Volksrepublik hat ihre steuerliche Unterstützung für F&E-Investitionen im Jahr 2022 weiter erhöht und den Sonderabzug auf technologiebasierte kleine und mittlere Unternehmen ausgeweitet. Zusätzlich können so 100% der Ausgaben für Forschung und Entwicklung vom steuerpflichtigen Einkommen auf Grundlage des tatsächlichen Betrags abgezogen werden. Damit sollen Innovationen gefördert und die industrielle Modernisierung vorangetrieben werden, um die Wettbewerbsfähigkeit des Landes zu stärken. Dezan

Shira & Associates erläutern im „China Briefing“, wie Firmen in den Genuss dieser steuerlichen Vorteile kommen können.

Im Zuge der Bemühungen der Volksrepublik, sich von einem Massenproduzenten hin zum oberen Marktsegment zu entwickeln, hat die Regierung die Förderung gezielter Investitionen in Forschung und Entwicklung und technologische Innovation verdoppelt. Die anhaltende technologische Konfrontation mit den USA ist ein weiterer Faktor, der sich nicht nur auf den Zugang zu Chips und anderen wichtigen Inputtechnologien auswirkt. Dies hat dazu geführt, dass Beijing seinen Technologiesektor als strategisch wichtig eingestuft und die staatliche Unterstützung dafür entsprechend erhöht hat. Laut dem Arbeitsbericht der Regierung werden technologiebasierte kleine und mittlere Unternehmen (technology-based small enterprises, TSMEs) nun in den Genuss der Superabzugsregelung für F&E-Ausgaben kommen.

Zuvor galt diese Regelung nur für Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes (mit Ausnahme der Tabakindustrie). Für andere Konzerne werden nur 75 Prozent der F&E-Ausgaben auf der Grundlage des tatsächlichen Abzugs zusätzlich vom steuerpflichtigen Einkommen abgezogen.

Am 1. April 2022 hat das Finanzministerium zusammen mit der staatlichen Steuerverwaltung und dem Ministerium für Wissenschaft und Technologie Einzelheiten zur Umsetzung veröffentlicht.

Eingrenzung des TSME-Status

Im Gegensatz zu den High and New Technology Enterprises (HNTE) gelten für den TSME-Status besondere Anforderungen in Bezug auf die Gesamtzahl der Beschäftigten, die Höhe des Jahresumsatzes und die Bilanzsumme. Andererseits ist es für HNTE, deren Kerntechnologie hoch auf der Prioritätenliste der Regierung steht, erforderlich, dass der Anteil der Einnahmen aus High-Tech-Geschäften an den Gesamteinnahmen in der laufenden Periode nicht unter 60% liegt, während für TSME keine solchen Anforderungen gelten. Im Allgemeinen ist es für kleinere Unternehmen einfacher, den TSME-Status zu beantragen.

Eine TSME muss alle folgenden Anforderungen erfüllen:

- Sie müssen in der Volksrepublik China (nicht Hongkong, Macao oder Taiwan) registriert sein.
- Die Gesamtzahl der Beschäftigten darf 500 nicht überschreiten, und entweder die jährlichen Umsatzerlöse oder das Gesamtvermögen dürfen nicht mehr als 200 Mio Yuan (ca. 30,8 Mio US-Dollar) betragen.

IMPRESSUM: Außenhandelspraxis Aktuell | Juli 2022

Informationen für Außenhandelskaufleute, Unternehmer und Berater

Herausgeber:

Pro Management Verlag GmbH
Halderstraße 25
86150 Augsburg
Tel. 0821/24280-0
Fax 0821/24280-49
info@promv.de, www.mwm-medien.de

Erscheinungsweise:

12-mal jährlich
ISSN 2195-2361

Bildnachweis:

Adobe Stock, Freepik

Redaktion:

Pro Management Verlag GmbH
Halderstraße 25
86150 Augsburg
Tel. 0821/24280-0
Fax 0821/24280-49
info@promv.de, www.mwm-medien.de

Preise:

Jahresbezug: 168,00 EUR
Quartalsbezug: 52,80 EUR
jeweils zzgl. Porto + ges. MwSt.

mwm 
Märkte Weltweit Medien



www.mwm-medien.de

- Die von dem Unternehmen angebotenen Produkte und Dienstleistungen gehören nicht zu den Kategorien, die staatlicherseits verboten, eingeschränkt oder ausgeschlossen sind.
- Es gibt keine schweren Sicherheits- oder Qualitätsunfälle, keine schwerwiegenden Verstöße gegen das Umweltrecht und keine schwerwiegenden unredlichen Handlungen in der wissenschaftlichen Forschung im Vorjahr und im laufenden Jahr, und es ist nicht in der Liste der Unternehmen mit anormalen Abläufen oder in der Liste der Unternehmen mit schwerwiegenden unredlichen Handlungen bei Verstößen gegen das Gesetz aufgeführt.
- Die Gesamtbewertung des Unternehmens beträgt mindestens 60 Punkte in Bezug auf die Bewertungsindikatoren für technische KMU, wobei der Indikator für wissenschaftliches und technisches Personal mehr als 0 Punkte beträgt. Die Bewertungsindikatoren für TSME umfassen auch F&E-Investitionen sowie wissenschaftliche und technologische Leistungen mit einer Gesamtpunktzahl von 100.

Bestimmte Unternehmen können unter bestimmten Voraussetzungen von der Punktevergabe ausgenommen werden, darunter:

- Besitz eines noch nicht abgelaufenen HNTE-Zertifikats
- Träger eines staatlichen Wissenschafts- und Technologiepreises innerhalb der letzten 5 Jahre (erste bis dritte Platzierung)
- Anerkennung als F&E-Einrichtung auf Provinz-, Ministeriebene oder höher
- Führende Rolle bei der Entwicklung von internationalen, nationalen oder Industriestandards

Firmen können eine Selbstevaluierung gemäß den Measures for Evaluating TSME (Guo Ke Fa Zheng [2017] Nr. 115) durchführen und müssen nach dem Prinzip der Freiwilligkeit die Unternehmensinformationen auf der „National Information Service Platform for TSMEs“ (<http://www.innofund.gov.cn/>) ausfüllen.

Die Verwaltungsabteilungen für Wissenschaft und Technologie auf Provinzebene verpflichten die zuständigen Behörden, die Vollständigkeit des Inhalts des TSME-Informationsformulars innerhalb von fünf Arbeitstagen zu bestätigen. Unternehmen mit vollständigen Informationen (welche die vorgeschriebenen Bedingungen erfüllen) werden 10 Arbeitstage lang auf der Serviceplattform veröffentlicht. Die Firmen werden dann in die „Nationale Informationsdatenbank für TSMEs“ aufgenommen und erhalten eine TSME-Registrierungsnummer, die ab dem Veröffentlichungsdatum bis zum 31. Dezember desselben Jahres gültig ist.

Wenn ein Unternehmen als TSME qualifiziert wurde, können zusätzlich zur Sonder-F&E-Abzugsregelung Verlustvorträge eingereicht werden. Dies gilt für entstandene und nicht bereits ausgeglichene Verluste bis zu fünf Jahre vor der Erlangung der TSME-Registrierung, wobei die maximale Vortragsdauer 10 Jahre beträgt. Darüber hinaus können die lokalen Regierungen TSMEs dieselben Anreize wie HNTE-Kandidaten zur Förderung bieten.

Erweiterter Umfang des Sonderabzugs

Bei der Berechnung des zu versteuernden Einkommens im Rahmen der Körperschaftsteuer (CIT) sind die Kosten zwar in der Regel zu 100% abzugsfähig, doch unterliegen die Ausgaben einer Abzugsbeschränkung.

So können beispielsweise für Bewirtungsaufwendungen im Zu-

sammenhang mit Produktion und Geschäftsbetrieb nur maximal 60% des tatsächlich angefallenen Betrags vom steuerpflichtigen Einkommen abgezogen werden, und diese Summe darf nicht mehr als 0,5% der Umsatzerlöse des laufenden Jahres betragen. Im Sinne der Innovationsförderung wird jedoch keine Abzugsbeschränkung für tatsächliche F&E-Ausgaben festgesetzt. Vielmehr kann ein zusätzlicher Prozentsatz dieser Kosten auf der Grundlage des tatsächlichen Aufwands vom steuerpflichtigen Einkommen abgezogen werden. Dies ist der so genannte „Sonderabzug für F&E-Ausgaben“ (auch „Superabzug“). Die Sonderabzugsregelung für F&E-Ausgaben werden im Jahr 2022 wie folgt angewandt:

- Wenn die F&E-Ausgaben keine immateriellen Vermögenswerte bilden und in den laufenden Gewinnen und Verlusten enthalten sind, können ab dem 1. Januar 2022 zusätzlich zu 100% vom steuerpflichtigen Einkommen abgezogen werden.
- Wenn die Ausgaben dagegen immaterielle Vermögenswerte gebildet haben, können sie vor der Kapitalertragsteuer mit 200% der tatsächlichen Kosten dieser Werte abgeschrieben werden.
- Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes (mit Ausnahme der Tabakindustrie) können bereits ab dem 1. Januar 2021 F&E-Ausgaben die keine immateriellen Vermögenswerte bilden zu 100%, und jene die beispielsweise in Patente resultieren zu 200% geltend gemacht werden.
- Branchen außerhalb der Tabakherstellung, Beherbergungs- und Gaststättengewerbe, Groß- und Einzelhandel, Immobilien, Leasing und kommerzielle Dienstleistungen sowie Unterhaltung können im Zeitraum zwischen dem 1. Januar 2018 und dem 31. Dezember 2023, wenn die F&E-Aufwendungen keine immateriellen Vermögenswerte bilden und in den laufenden Gewinnen und Verlusten enthalten sind, auf der Grundlage des tatsächlichen Abzugs weitere 75% dieser Aufwendungen vom steuerpflichtigen Einkommen abgezogen werden. Sollte ebensolches Vermögen gebildet worden sein, können die F&E-Ausgaben mit 175% abgeschrieben werden.

Als Firmen des Verarbeitenden Gewerbes gelten Unternehmen, deren Hauptgeschäft mehr als 50% des Gesamteinkommens im Jahr der Präferenzbehandlung durch diese Aktivitäten decken.

Inanspruchnahme externer Dienstleister

Wurden externe Einrichtungen oder Einzelpersonen in China zur Beratung hinzugezogen, werden 80% der entstandenen tatsächlichen Kosten in die F&E-Ausgaben einbezogen und für den Sonderabzug zugelassen. Das Unternehmen darf jedoch keinen weiteren zusätzlichen Abzug vornehmen.

Werden externe Einrichtungen (ausgenommen Einzelpersonen) zur F&E-Beratung außerhalb der Volksrepublik hinzugezogen, werden 80% der tatsächlichen Ausgaben im Ausland verbucht. Sie können in Höhe von zwei Dritteln der inländischen F&E-Aufwendungen zusätzlich vor Steuern abgezogen werden. Ausgaben für F&E-Aktivitäten beziehen sich hier entweder auf Prozesse, bei denen ein Unternehmen neue wissenschaftliche und technologische Erkenntnisse kreativ anwendet, oder systematische Aktivitäten mit spezifischen Zielen zur kontinuierlichen Verbesserung von Technologien, Produkten (Dienstleistungen) und Verfahren durchführt. Nicht-kreative Aktivitäten, wie zum Beispiel die konventionelle Verbesserung von Produkten, werden nicht als förderungswürdig angesehen. Die staatliche Steuerverwaltung stellt



detaillierte Leitlinien für den Umfang der F&E-Ausgaben bereit. Ähnlich wie bei anderen Steuervergünstigungen können Firmen, die in den Genuss des Sonderabzugs für F&E-Aktivitäten kommen wollen, diesen Vorteil bei der Steuerzahlung (zum Zeitpunkt der Vorauszahlung oder der Endabrechnung) in Anspruch nehmen, indem sie selbst beurteilen, ob sie qualifiziert sind, und die entsprechenden Unterlagen für eine mögliche künftige Prüfung durch das Finanzamt 10 Jahre lang aufbewahren. Für F&E-Aktivitäten, mit denen ausländische Einrichtungen betraut wurden, gelten zusätzliche Dokumentationsanforderungen.

Quelle: MBM/NfA

Keine Grüne Wende ohne die Volksrepublik

Deutschland will die Energiewende herbeiführen. Erneuerbare Energien sollen dabei eine wichtige Rolle spielen. Zur Produktion von Solarzellen, Windrädern und Elektrobatterien werden aber Rohstoffe wie Magnesium, Kobalt und Seltene Erden benötigt, diese stammen meist aus China. Wolfgang Hirn schreibt im Newsletter „Chinahirn“ über Abhängigkeiten und ein spätes Erwachen.

Die EU-Kommission hat bereits 2020 festgestellt, dass im Sektor Erneuerbare Energien die Abhängigkeit vom Reich der Mitte „sehr hoch“ sei. Die meisten Rohstoffe zur Herstellung von nachhaltigen Technologien kämen aus der Volksrepublik. China habe bislang einen natürlichen und einen strategischen Vorteil, weil es viele Rohstoffe im eigenen Land hat und sich an Rohstoffminen in aller Welt beteiligt und die dort gewonnenen Rohstoffe weiterverarbeitet. Bestes Beispiel hierfür sei der Kongo, wo rund 70% des weltweiten Kobaltvorkommens liegen. Aber chinesische Firmen kontrollierten bereits über die Hälfte der dortigen Minen.

Hier zeigten sich die Systemunterschiede: Chinas autoritäre Führung könne seine Firmen anordnen, in Minen zu investieren. Im Westen gehe das nicht. Aber mit welchen Strategien können die Deutschen und die Europäer darauf reagieren?

Hirn nennt drei Möglichkeiten: Erstens, Rohstoffimporte zu diversifizieren. Zweitens, in eigenem Abbau investieren. Drittens, das Recycling verstärken.

Alle drei Möglichkeiten hätten jedoch ihre Grenzen. Bei der Diversifizierung fehlten die Alternativen, bei eigenem Abbau fehlten in Europa die Vorkommen. Und selbst wenn man Lithium wie Spanien oder Portugal entdeckt, protestieren die Anwohner gegen den Umwelt verschmutzenden Abbau. Da lasse man die Drecksarbeit doch lieber die Chinesen machen, so Hirn. Auch ein Forcieren des Recyclings könne nur sehr partiell zur Lösung des Problems beitragen.

So könne man die Abhängigkeiten von der Volksrepublik zwar etwas reduzieren, aber nie und nimmer ersetzen. Dies sei eine bittere Erkenntnis für eine Regierung, die eine wertorientierte Außenpolitik propagiere und erneuerbare Energien forcieren.

Quelle: MBM/asi 23.06.

Positionierung als Standardsetzer

Die Volksrepublik will Standards umgestalten. Das fordert die bisher auf diesem Gebiet tonangebende westliche Welt heraus. Wie sich ausländische Unternehmen im Reich der Mitte auf die neuesten Entwicklungen einstellen können.

In unserer global vernetzten Welt sind technische Standards nicht wegzudenken. Ursprünglich dem Bereich der Industrieproduktion vorbehalten, verstecken sich Standards heutzutage in einer Vielfalt ganz unterschiedlicher Produkte, Prozesse und Dienstleistungen, angefangen vom Qualitätsmanagement über den Arbeitsschutz bis hin zur Lebensmittel- oder IT-Sicherheit.

Technische Standards bezwecken dabei im Wesentlichen die Gewährleistung der grundlegenden Sicherheit entsprechender Produkte, Prozesse oder Dienstleistungen sowie den Abbau technischer Barrieren, die zwischen verschiedenen eigenständigen Geräten oder Systemen bestehen. Im Regelfall werden technische Standards von mit Fachleuten besetzten, unabhängigen, nicht staatlichen Organisationen beziehungsweise Verbänden erarbeitet. Ihnen kommt daher keine unmittelbare rechtliche Bindungswirkung zu. Dies galt und gilt bislang sowohl auf nationaler als auch internationaler Ebene.

Nationale Leitlinien verabschiedet

China ist nun angetreten, dieses etablierte System herauszufordern und umzugestalten. In den am 10. Oktober 2021 gemeinsam von Chinas Staatsrat sowie dem Zentralkomitee der Kommunistischen Partei veröffentlichten Nationalen Leitlinien zur Standardisierungsentwicklung („Leitlinien“) werden übergreifende Ziele und Grundsätze aufgestellt, die die Marschroute für Chinas angestrebten Weg zur internationalen Normungsgröße vorgeben. Aber was verbirgt sich hinter diesen Leitlinien und welche Auswirkungen hat Chinas neue Standardstrategie auf ausländische Unternehmen? Die jüngst veröffentlichten Leitlinien sind insgesamt nichts als eine grundsätzliche Neuorientierung. Oberstes Ziel ist hiernach die konsequente Eingliederung der Standardsetzung in die Entwicklungsagenda Chinas. Dies betrifft insbesondere die Bereiche, in denen die Volksrepublik entwicklungsstrategisch bereits einen Schwerpunkt gesetzt hat, wie etwa in den Bereichen Kommunikationstechnologie, Smart Manufacturing, erneuerbare Energien, Biotechnologie oder Künstliche Intelligenz. Hierbei strebt China zunehmend eine aktive Rolle bei der internationalen Standardsetzung an. Dies zeigt sich sehr deutlich durch die Beteiligung chinesischer Akteure sowohl bei der Einbringung von Standardvorschlägen als auch bei der Besetzung technischer Führungspositionen in den bedeutendsten Standardisierungsorganisationen auf internationaler Ebene (vor allem ISO, IEC und ITU). Laut verschiedenen Statistiken liegt das Reich der Mitte im Bereich der Schlüsseltechnologie 5G bereits jetzt vor den USA und nur knapp hinter der Europäischen Union hinsichtlich eingebrachter wie auch angenommener Standardbeiträge.

Die dadurch bewirkte Politisierung der Standardsetzung zwingt insbesondere die bei der Standardisierung bislang tonangebende EU sowie die USA dazu, zügig ein Gegengewicht in Form eigener Standardstrategien herzustellen. Standardisierung wird so zu einem Kerninstrument globaler Vormachtstellung. Die Leitlinien erkennen die Notwendigkeit an, der Industrie eine stärkere Rolle bei der Standardsetzung zuzuweisen, ohne dabei jedoch von der staatszentrierten Grundausrichtung abzuweichen.

Teilhabe für ausländische Unternehmen?

Ausländisch investierten Unternehmen soll die Teilhabe an der Standardsetzung im Rahmen der Gesetze garantiert werden. Diese förmliche Zusicherung bekräftigt lediglich, was bereits seit 2020 laut Chinas Gesetz über ausländische Investitionen gilt. In der Praxis funktioniert dies aber noch nicht immer. Eine vielbeachtete gemeinsame Studie der Europäischen Handelskammer in der Volksrepublik und des Swedish Institute of International Affairs identifiziert eine Reihe regelmäßig auftretender Hürden für die gleichberechtigte Teilhabe ausländisch investierter Firmen im Rahmen der nationalen Standardsetzung. Hierzu gehören zum einen formelle Hürden, wie zum Beispiel bei der Standardsetzung in für ausländische Investitionen verbotenen/ beschränkten Industrien (auch wenn diese abnehmen) oder ein beschränkter Zugang zu Führungspositionen in Ausschüssen und Gremien und damit auch ein mangelndes Mitspracherecht. Zum anderen mangelt es an Information und Transparenz oder es gibt ein Kräfteungleichgewicht bei der Beteiligung von „National Champions“ an der Standardsetzung (insbesondere Staatsbetriebe). Schließlich stellt auch der mangelnde Schutz geistigen Eigentums ein Problem dar.

Die Bedeutung technischer Standards im Wirtschaftsleben ist schon jetzt immens und wird zukünftig ohne Zweifel noch um einiges zunehmen. Wenngleich ausländisch investierte Unternehmen in China gegenwärtig noch auf diverse praktische Hürden bei der gleichberechtigten Teilhabe an der Standardsetzung stoßen, sollten die bestehenden Möglichkeiten zur Mitgestaltung rasch identifiziert werden. Dies beinhaltet in einem ersten Schritt, die Wichtigkeit technischer Standards für den eigenen Geschäftsbetrieb anzuerkennen und sich ausreichend mit den Strukturen und Prozessen chinesischer Standardsetzung vertraut zu machen. Auch der vertrauensvolle Wissens- und Erfahrungsaustausch mit anderen ausländisch investierten Firmen kann sich als sehr nützlich erweisen. Schließlich sollte auch nicht davor zurückgeschreckt werden, von den Einflussmöglichkeiten Gebrauch zu machen, die gute Beziehungen zu namhaften chinesischen Unternehmen einerseits und zu den jeweiligen Standardisierungsorganen andererseits mit sich bringen können.

AUTORIN

Sebastian Wiendieck ist Rechtsanwalt und Partner bei Rödl & Partner in China.

Kontakt:

sebastian.wiendieck@roedl.com, Tel. +86 (0) 21 6163-5329

Fast jedes vierte europäische Unternehmen erwägt Rückzug aus China

Fast jede vierte europäische Firma in der Volksrepublik erwägt, ihre Investitionen aus dem Land zu verlagern, da die anhaltenden Corona-Ausbrüche und Abriegelungen die Aussichten für die zweitgrößte Volkswirtschaft der Welt eintrüben, wie „Japan Times“ unter Berufung auf eine Umfrage der EU-Handelskammer in China berichtet. Etwa 23% der Unternehmen, die auf die Umfrage geantwortet haben, erwägen, ihre derzeitigen oder geplanten Investitionen zu verlagern, heißt es in dem veröffentlichten Be-

richt. Die Umfrage wurde Ende April durchgeführt, als Shanghai noch abgeriegelt war und Restriktionen in Orten wie Jilin die Wirtschaftstätigkeit behinderten.

Die Zahl der europäischen Konzerne, die ihre Optionen im Reich der Mitte neu bewerten, war der höchste Anteil in der Umfrage seit einem Jahrzehnt und auch mehr als doppelt so hoch wie die 11%, die in einer Umfrage im Februar verzeichnet wurden, so die Kammer. An der April-Umfrage nahmen 372 Unternehmen teil, während es bei der Februar-Umfrage noch 620 waren.

Chinas derzeitige Politik - ohne Ausstiegsstrategie aus der Null-Toleranz-Politik bei der Bekämpfung von Infektionen - „lässt den Firmenzentralen keine andere Wahl, als sich nach anderen Standorten umzusehen“, sagte Bettina Schoen-Behanzin, Vizepräsidentin der Kammer. „Die Welt wartet nicht auf China.“

Von den Konzernen, die eine Verlagerung ihrer Investitionen in Erwägung ziehen, gaben 16% an, dass sie eine Verlagerung nach Südostasien in Erwägung ziehen, während 18% sich im asiatisch-pazifischen Raum umsehen. Etwa 19% nannten Europa, 12% Nordamerika und 11% Südasien.

Die Volksrepublik hat damit begonnen, einige seiner Corona-Beschränkungen zu lockern, aber die wirtschaftliche Erholung war uneinheitlich. Im Mai stieg die Industrieproduktion unerwartet an, während die Verbraucherausgaben und der Immobilienmarkt weiter schrumpften. Die Aussichten für den Rest des Jahres bleiben ungewiss, da Beijing weiterhin auf Abriegelungen und andere Beschränkungen setzt, um das Virus einzudämmen. Ausländische Unternehmen haben mit den Beschränkungen erheblich zu kämpfen: Sie verzeichneten von Januar bis April einen Gewinnrückgang von 16,2%, was weitaus schlimmer ist als der Rückgang von 0,6% bei privaten chinesischen Firmen. Staatskonzerne verzeichneten in diesem Zeitraum einen Gewinnanstieg von 13,9%.

Auch amerikanische Unternehmen haben in letzter Zeit von Herausforderungen berichtet. Nur 31 % der Produktions- und Dienstleistungsunternehmen, die von der amerikanischen Handelskammer in Shanghai Anfang des Monats befragt wurden, gaben an, dass sie voll betriebsfähig seien. Von jenen, die mit weniger als der vollen Kapazität betrieben werden, berichteten die meisten Firmen, dass es für die Mitarbeiter schwierig sei, zur Arbeit zu kommen.

Unterdessen hatten fast 60% der Befragten in der April-Umfrage der Europäischen Kammer ihre Umsatzprognosen für das Jahr aufgrund der chinesischen Corona-Beschränkungen nach unten korrigiert. Darüber hinaus gaben rund 78% der Befragten an, dass das Geschäftsumfeld in der Volksrepublik aufgrund der Corona-Strategie des Landes weniger attraktiv geworden ist.

Quelle: MBM/NfA 23.06.

„Zu klein, um sich damit zu befassen“

Offizielle US-Statistiken erfassen keine zollbefreiten Importe aus China / Von Josh Zumbrun

Amerikanische Politiker und Wirtschaftswissenschaftler sind seit Jahren besessen vom Handelsdefizit der USA mit China. Die Senkung des Defizits war eines der Ziele des ehemaligen Präsidenten Donald Trump, der Zölle auf die meisten chinesischen Importe erhob. Die Regierung von Präsident Biden debattiert



derzeit darüber, ob sie diese abschaffen soll, um die Inflation zu senken, oder ob sie beibehalten werden soll, um Druck auf China auszuüben.

Immerhin scheinen die Zölle eines der Ziele von Trump zu erreichen: die Verringerung des bilateralen Defizits zwischen den USA und China, das laut der offiziellen US-Handelsstatistik im Jahr 2018 bei über 400 Mrd Dollar pro Jahr lag. Aber hier ist der Haken: Wenn es um die Volksrepublik geht, lassen die offiziellen Handelsstatistiken einen großen Teil der Geschichte aus. Sie enthalten nicht den Wert von etwa 800 Mio Importe pro Jahr, die in den USA unter einer Reihe von Regeln ankommen, die als De-minimis bekannt sind, ein lateinischer Ausdruck, der so viel bedeutet wie „zu klein, um sich damit zu befassen“, und der für einzelne Einfuhren in die Vereinigten Staaten im Wert von unter 800 Dollar gilt. Bereinigt man dies, so könnte sich das Defizit mit China seit dem Handelskrieg kaum verändert haben und möglicherweise sogar noch gewachsen sein.

„Die ganze Idee von ‚de minimis‘ ist, dass man Pakete schickt und der Zoll die Werte nicht überprüft“, sagte Jeff Ferry, ein Wirtschaftswissenschaftler bei der Coalition for a Prosperous America, einer Handelsgruppe, die Zölle als Instrument unterstützt, um US-Firmen im Wettbewerb mit China zu helfen.

„Dies hat Auswirkungen darauf, ob wir den Zahlen über Importe aus China trauen können“, wo solche Sendungen besonders häufig vorkommen, sagte Ferry, der in einer Studie Anfang des Jahres feststellte, dass die US-Handelsstatistiken den Wert solcher Sendungen auslassen. Mit dem Aufkommen des elektronischen Handels wurde es einfach, online nach günstigen Waren zu suchen, die direkt nach Hause geliefert werden. Der Handelskrieg zwischen den USA und China hat einen enormen zusätzlichen Anreiz geschaffen. Ein Grund dafür, dass man solche billigen Waren online findet, ist, dass es immer üblicher wird, sie unter Umgehung der Zölle als De-minimis-Ware ins Land zu schicken. Ein US-Einzelhändler hingegen müsste für eine große Lieferung desselben Artikels den Zoll bezahlen.

Eine vergessene Regelung

In den meisten Jahrzehnten seit ihrer Einführung durch den Kongress im Jahr 1938 wurde die De-minimis-Regelung nur in geringem Umfang in Anspruch genommen - so trivial wie beachtlich. Der Kongress legte fest, dass der Zweck darin bestand, „Kosten und Unannehmlichkeiten für die Regierung zu vermeiden, die in keinem Verhältnis zur Höhe der Einnahmen stehen, die andernfalls erhoben würden“.

2010 teilte der US-Zoll den Forschern des Peterson Institute for International Economics mit, dass die Behörde schätzungsweise nur 722.000 De-minimis-Sendungen pro Jahr einführt - Peterson hielt diese Zahl jedoch für viel zu niedrig. Der Zoll veröffentlichte keine Schätzungen über den Wert dieses Handels. Die Existenz grober Daten über den Wert der Sendungen war nicht allgemein bekannt, bis das „Wall Street Journal“ Anfang des Jahres darüber berichtete. Das Journal erhielt Daten aus einer Zolldatenbank über bekannte De-minimis-Sendungen und deren angegebenen Wert. Aus den Daten ging hervor, dass jährlich fast 800 Mio solcher Pakete in die USA gelangen - mehr als 2 Mio pro Tag - von denen die Hälfte direkt aus China stammt. Die Daten zeigen, dass der bekannte gemeldete Wert der Sendungen von 40,5 Mio Dollar im Jahr 2012 auf einen Höchstwert von 67 Mrd Dollar im Steuerjahr 2020 anstieg, wobei 46 Mrd

direkt aus China kamen. Diese Daten weisen einige Schwachstellen auf. Viele Pakete kommen über den Postweg ins Land. In einigen Fällen kennt der Zoll nur das Gewicht, nicht aber den Wert. Die Daten zeigen das Land, aus dem eine Sendung in die USA gelangt ist, und nicht das Ursprungsland. Dies ist einer der Gründe, warum die Daten nicht veröffentlicht wurden - der Zoll arbeitet an der Erstellung offizieller Statistiken.

Die offiziellen Handelsstatistiken des Census Bureau wurden nicht geändert, da die De-minimis-Regelung von trivial auf substantiell umgestellt wurde, um dies zu berücksichtigen. Andere Länder haben ihre eigenen Regeln, aber die US-Exporte, die für diese Behandlung in Frage kommen, gelten nicht als erheblich. Der entsprechende Schwellenwert in China liegt bei nur 50 Yuan, also etwa 7,45 Dollar.

Keine Stellungnahme vom Zensus

Das Census Bureau teilte in einer schriftlichen Erklärung mit, dass Sendungen, die die De-Minimis-Kriterien erfüllen, nicht bei der Volkszählung eingehen und daher nicht in den Schätzungsprozess einbezogen werden. Das Census Bureau lehnte es ab, sich zu Schätzungen über das Ausmaß der De-Minimis zu äußern, sagte aber, dass, wenn der Zoll offizielle De-Minimis-Statistiken veröffentlichen würde, „wir beabsichtigen, die Qualität dieser Statistiken zu untersuchen, um zu bewerten, ob sie in die offiziellen Warenhandelsstatistiken aufgenommen werden könnten.“

Der Wirtschaftswissenschaftler Ferry schätzt, dass der wahre Wert fast doppelt so hoch sein könnte, wie in den Zoll Daten angegeben. Er untersuchte die von der Securities and Exchange Commission eingereichten Unterlagen der größten US-Internet-Händler und errechnete, dass diese jährlich Waren im Wert von 112 Mrd Dollar einführen, die wahrscheinlich unter die De-minimis-Regelung fallen. Selbst diese Zahl erfasst nicht die in China ansässigen Unternehmen, deren gesamtes Geschäftsmodell auf zollfreien Sendungen beruht, die aber keine Unterlagen bei der SEC einreichen. Würde man diese zu den offiziellen Statistiken hinzufügen, könnten sich die Geschichten, die wir über den Handel erzählen, ändern.

Zum Beispiel erreichte das Warenhandelsdefizit zwischen den USA und China im Haushaltsjahr 2018 offiziell 402 Mrd Dollar, verringerte sich aber auf 302 Mrd im Jahr 2020, da Zölle und die Pandemie den Handel dämpften.

Quelle: MBM/MDW 23.06.

Algorithmen den Kampf ansagen

Die chinesische Regierung hat neue Regeln für die Algorithmus-Empfehlungstechnologie erlassen. Sie will damit unter anderem der diskriminierenden Preisgestaltung durch Big Data Herr werden.

Es wird viel über Künstliche Intelligenz (KI) und Big Data berichtet, aber in Wirklichkeit wird die Datenwelt von Algorithmen gesteuert. Die rasante Entwicklung von Big Data (Massendaten) und KI hat dazu geführt, dass die Algorithmus-Empfehlungstechnologie von Tech-Konzernen in ihren Applikationen (Apps) und anderen Internetdiensten immer häufiger eingesetzt wird. Algorithmen können

das wertvollste und wichtigste Kapital eines Technologieunternehmens sein. Sie optimieren das Nutzererlebnis, sparen Zeit und bieten mehr Komfort.

Die Kehrseite der Medaille ist, dass Algorithmen auch dazu führen können, dass Tech-Konzerne ihre Nutzer manipulieren. Viele sind der Meinung, dass die Regierungen es versäumt haben, angemessene Regelungen einzuführen, und dadurch zu viel Macht an die Unternehmen abgegeben haben, die uns oft besser zu kennen scheinen als wir uns selbst.

Im Rahmen ihrer laufenden Kampagne zur Festlegung von Grenzen für die Tätigkeit von Tech-Giganten haben die chinesischen Behörden ihre Aufmerksamkeit auf die Verwendung von Algorithmen gerichtet. Am 4. Januar 2022 veröffentlichte die chinesische Cyberspace-Verwaltungsbehörde (Cyberspace Administration of China, CAC) die endgültige Fassung der Bestimmungen über die Verwaltung von Algorithmus-Empfehlungen für Internet-Informationendienste. Diese Bestimmungen sind ein weiterer integraler Bestandteil des sich ständig weiterentwickelnden digitalen Rechtsrahmens in China, der die Bereiche Cybersicherheit, persönliche Informationen und Daten umfasst.

Licht und Schatten

Chinas Tech-Giganten wie Alibaba, Bytedance, Tencent und Baidu haben Milliarden in KI investiert und entwickeln Algorithmus-Technologie von Weltklasse. Darüber hinaus erzeugt der chinesische Binnenmarkt riesige Datenmengen. Diese Masse an Daten ermöglicht den Einsatz von Algorithmen in einer immer größeren Bandbreite von Anwendungen. Die Aufgaben reichen von der Empfehlung von Inhalten auf Video-Sharing-Applikationen bis hin zum Angebot von Lebensmittel-Lieferdiensten.

Algorithmen sind in der Lage, den Nutzern effizientere und relevantere Bewertungen, Filtermöglichkeiten und personalisierte Empfehlungen zu bieten. Die verbesserte Erfahrung hat wiederum zu immer höheren Einnahmen für die Tech-Giganten geführt. Laut dem „2020 Big Data White Paper“ der China Academy for Information and Communications Technology (CAICT) verzeichnete eine E-Commerce-Plattform nach der Einführung von sogenannter Big-Data-Vermarktung einen Anstieg des Gesamtumsatzes um 46%. Obwohl die Integration von Algorithmen in digitale Plattformen zu einem kommerziellen Aufschwung geführt hat, gab es auch eine öffentliche Gegenreaktion, da große Tech-Unternehmen beschuldigt wurden, hochgradig manipulative Algorithmen zu verwenden, um die Aufmerksamkeit der Nutzer zu erregen, Preise zu beeinflussen und die Rechte von Arbeitnehmern in der „Gig Economy“ auszubeuten. Ein besonderer Kritikpunkt chinesischer Verbraucher ist die „diskriminierende Preisgestaltung durch Big Data“, die es Unternehmen ermöglicht, Stammkunden höhere Preise anzubieten, indem sie ein auf persönlichen Daten basierendes Preismodell verwenden. Dies geschieht ohne die Zustimmung des Kunden. Im Jahr 2020 wurde Ctrip (ein führender chinesischer Online-Reiseveranstalter) bestraft, weil er seinen VIP-Nutzern höhere Preise anbot. Der Fall erregte in ganz China große Aufmerksamkeit und Kritik.

Neben der Manipulation von Verkäufen und Preisen befürchten die chinesischen Behörden auch, dass maßgeschneiderte, von Algorithmen gesteuerte Inhalte zu einer Internetsucht bei Minderjährigen führen. Dies gilt nicht nur für kurze Videos wie Douyin

(Chinas TikTok), sondern auch für Onlinespiele. Die Regierung ist auch besorgt über Fälle, in denen algorithmische Technologien missbräuchlich eingesetzt werden – etwa um die gesellschaftliche Meinung in China zu beeinflussen.

Bestimmungen für nahezu alle Onlineanbieter relevant

Die neuen Bestimmungen sind ein Versuch, diese Bedenken auszuräumen. Ihr Anwendungsbereich ist breit gefächert und umfasst algorithmisch erzeugte und künstliche, personalisierte Empfehlungen, Bewertungen und Auswahl, Suchfilter sowie abschließende und entscheidungstreffende Arten von algorithmischen Technologien. Infolgedessen können die Bestimmungen fast jede Organisation betreffen, die Online-Informationendienste in China anbietet. Die Bestimmungen erlegen den Dienstleistern mehrere Pflichten auf, die sich wie folgt ausgestalten:

- Verstärkung der Verwaltung von Informationsinhalten
- Identifizierung und Verhinderung der Übermittlung von unrechtmäßigen und schädlichen Informationen
- regelmäßige Überprüfung der algorithmischen Mechanismen
- Kennzeichnung von algorithmisch erzeugten oder synthetischen Informationen mit Indikatoren
- Stärkung des Benutzermodells und der Verwaltung der Benutzerkennzeichnung
- eine bei der chinesischen Behörde erforderliche Anmeldung, wenn die Anbieter von algorithmischen Empfehlungsdiensten von „öffentlichem Interesse“ sind oder über „soziale Mobilisierungsfähigkeiten“ verfügen

Die Bestimmungen verbieten auch unlautere Handelspraktiken unter Verwendung von Algorithmen wie die Manipulation von Suchergebnissen oder die Einschränkung anderer Dienstanbieter. In Bezug auf die Rechte der betroffenen Personen spiegeln die Bestimmungen das chinesische Gesetz zum Schutz personenbezogener Daten wider. Das betrifft vor allem die Bereitstellung von Optionen, die sich nicht auf persönliche Merkmale beziehen – oder die Möglichkeit, Algorithmus-Empfehlungsdienste abzuschalten. Die Bestimmungen ermöglichen es den Nutzern auch, Benutzerkennungen auszuwählen oder zu löschen – einhergehend mit dem Recht auf eine Erklärung. Sie enthalten darüber hinaus einen besonderen Schutz für Minderjährige, ältere Menschen, Versandmitarbeiter und Verbraucher. Diese Schutzbestimmungen spiegeln einige der Themen wider, die in China von öffentlichem Interesse sind.

Im Vergleich zur Entwurfsfassung der Bestimmungen wurden die chinesischen Behörden, die für die Verwaltung der Bestimmungen zuständig sind, vom CAC auf das Ministerium für Industrie und Informationstechnologie, das Ministerium für öffentliche Sicherheit und die Staatliche Verwaltung für Marktregulierung ausgeweitet, wobei das CAC weiterhin die Rolle der „Gesamtkoordination“ übernimmt. Die Bestimmungen sind am 1. März 2022 in Kraft getreten

AUTORIN

Mark Schaub ist Partner der internationalen Rechtsanwaltskanzlei King & Wood Mallesons (KWM) in Shanghai und Frankfurt.

Kontakt: mark.schaub@eu.kwm.com, www.kwm.com